

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus – Der Beitrag der Wirtschaft

DFK-Symposium am 4. Oktober 2012 in Berlin

Wolfgang Kahl

Rechtsextremismus macht an Werkstoren nicht halt. Die Einsicht, dass Unternehmen für Fremdenfeindlichkeit und politischen Extremismus keine Tabuzonen sind, begründet die Notwendigkeit eines engagierten Beitrages der Wirtschaft für Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz sowie gegen Rechtsextremismus. Während des vom DFK am 4. Oktober 2012 im Bundesministerium der Justiz in Berlin veranstalteten Symposiums „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus – Der Beitrag der Wirtschaft“ stellten Deutsche Bahn AG, Volkswagen AG und ArcelorMittal Eisenhüttenstadt erfolgreiche Unternehmensprojekte vor. Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, die derzeitige Präsidentin des DFK-Kuratoriums, diskutierte zudem mit Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft, wie Unternehmen einen noch besseren Beitrag für Toleranz und gegen Rechtsextremismus leisten können. Zu der Veranstaltung waren Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Initiativen gegen Rechtsextremismus sowie Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft eingeladen.

In ihrer Rede forderte die Ministerin, dass sich Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung in Deutschland „sicher und angenehm“ fühlen müssten. Sie wies auf die Vorbildfunktion der Unternehmen hin und auf die Vorteile, die sie aus ihrem sozialen Engagement in einem immer intensiver werdenden internationalen Wettbewerb ziehen können. Unternehmerische Verantwortung habe viele Facetten: Sie reiche von der Aufarbeitung der eigenen Unternehmensgeschichte und der Verstrickungen in Nazi-Verbrechen, über den richtigen Umgang mit alltäglichem Rechtsextremismus unter Beschäftigten, der Schaffung eines Betriebsklimas, das von Vielfalt und Toleranz geprägt ist und den Umgang mit Kundinnen und Kunden. Außerdem sollten sich Unternehmen in ihren Standort-Kommunen engagieren und etwa lokale Projekte gegen Rechtsextremismus fördern.

Von drei großen Unternehmen wurden beispielhaft Projekte vorgestellt. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG und Vizepräsident des DFK, Dr. Rüdiger Grube, präsentierte das Projekt „Azubis gegen Hass und Gewalt – Gemeinsam für ein tolerantes



und respektvolles Miteinander“, das nun bereits im 11. Jahr Auszubildende bei der Deutschen Bahn AG anspricht. Die Beteiligung von 700 Teilnehmern mit über 100 Projekten zeige, wie breit eine solche Kampagne für einen der größten deutschen Arbeitgeber wirken könne.

Joachim Niebuhr, Arbeitsdirektor bei ArcelorMittal Eisenhüttenstadt, stellte die Initiative „Ein Unternehmen zeigt Flagge“ vor. Einzelne Mitarbeiter konfrontierten das Unternehmen in den 1990er-Jahren mit der Problematik fremdenfeindlicher Verhaltensweisen. Statt das Problem rassistischer Einstellungen und Handlungen in der Belegschaft zu verdrängen, habe das Unternehmen sich seiner Verantwortung mit einer Reihe von Projekten gestellt. Bei „Sozialer Leben“ werden Auszubildende gezielt etwa mit Menschen anderer Kultur in ihrem jeweiligen An-



derssein zusammengeführt. In Eisenhüttenstadt ist das Unternehmen jüngst durch eine Plakataktion gegen die Aktionen einer rechtsextremen Partei vorgegangen.

Jörg Köther, Pressesprecher des Konzernbetriebsrates der Volkswagen AG, wiederum beeindruckte mit der schon Mitte der 90er-Jahre vorgenommenen selbstkritischen Aufarbeitung der Firmengeschichte durch Hans Mommsen im Forschungsprojekt „Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich“. Die Erkenntnis, dass Diskriminierungen und Ausgrenzungen als Beginn rechtsextremer Tendenzen zu vermeiden sind, führte bei VW zum Abschluss einer Betriebsvereinbarung, in der sich die Mitarbeiter/-innen zum Unterlassen von diskriminierenden Handlungen verpflichteten.

In der anschließenden *Podiumsdiskussion* (moderiert von der Fern-



sehjournalistin Astrid Frohloff) mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Professor Dr. Hajo Funke, dem Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter, Jörg Niebuhr von ArcelorMittal und dem Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig Reinhard Koch wurden weitere Erfahrungen ausgetauscht und eine Vernetzung der Initiativen angemahnt. Es müssten sich noch mehr Unterneh-



men beteiligen, um dem Rechtsextremismus eine breite gesellschaftliche Ablehnung entgegenzubringen, erklärten die Teilnehmer. Prof. Gerd Neubeck, Vorstandsvorsitzender des DFK, betonte am Schluss die wichtige Rolle des DFK bei der Vernetzung von Akteuren der Prävention.

Fotos: BMJ / DFK